

“Ärgerlich”

Es ist schon merkwürdig und fast schon ein klassisch zu nennender Sommerlochvorgang. Da reist ein Ministerpräsident in die USA, besucht einen in Deutschland nicht unbedingt jedem geläufigen Bundesstaat, informiert sich dort u.a. kurz über deren System der Sozialhilfe, kehrt nach Hause zurück und verkündet das Evangelium: Gut wäre es, arbeitslosen Sozialhilfebeziehern durch individuelle Begleitung zu Arbeit zu verhelfen, und gut wäre es, wenn man doch denjenigen, die arbeiten können, aber absolut nicht wollen, die Sozialhilfe kürzt. Während sich die Fachleute noch verwundert die Augen reiben ob dieser Plattheiten aus Ministerpräsidentenmunde und sich fragen, ob Reisen wirklich immer bilde, wie der Volksmund sagt, stürzt sich die Presse begierig auf jenen hessischen Ministerpräsidenten Koch, der sich zu Recht als ihr Erlöser in dieser nachrichtenarmen Zeit begreifen kann, hätten die armen Journalisten doch sonst wieder einmal über Nessie oder das Ozonloch schreiben müssen.

Doch damit nicht genug: “Besser kalter Kaffee als gar kein Kaffee” schien sich auch der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Rudolf Scharping, gesagt zu haben, um unter dem Motto “was der Koch kann, kann der Scharping schon lange” zwischen Poolgeschäcker und Mazedonien-Beschluß gleich noch eins draufzusetzen: nicht zu kürzen sei Sozialhilfe bei Arbeitsverweigerern, nein, gänzlich zu streichen sei sie. Und wie zu erwarten, fand auch er das gewünschte Medienecho im Wettlauf um der Stammtische Gunst.

Nun könnte man über diese Sommerlochgeschichte lächeln, wenn es sich denn wirklich nur um das Ungeheuer von Loch Ness oder anderen Skurrilitäten handeln würde.

Doch geht es hier um einige hunderttausend Menschen, die in Armut leben, die am äußersten Rande dieser Gesellschaft stehen und die im Regelfalle alles andere als arbeitsscheu sind.

Ärgerlich ist es daher, wie offensichtlich ein jeder, dem es gerade politisch in den Kram passt, diffamieren darf, indem er Vorurteile bedient, anstatt aufzuklären.

Ärgerlich ist es, wenn ein Schaar hochbezahlter Politiker und Kommentatoren sich ein Urteil erlaubt über Menschen in Lebensverhältnissen, die sie bestenfalls aus der Ferne oder bestenfalls aus längst vergangenen Zeiten der persönlichen Biografie kennen.

Ärgerlich ist es, wenn sich herausstellt, dass führende Politiker sich zwar berufen fühlen, sich über Änderungen im System der Sozialhilfe öffentlich zu äußern, sich in der Substanz dabei jedoch lediglich herausstellt, dass sie gar keine oder kaum Ahnung haben von dem, worüber sie da reden.

Ärgerlich ist es, wie leicht es offenbar ist, von der Tatsache abzulenken, dass es in Deutschland nach wie vor mit Massenarbeitslosigkeit zu tun haben, und wie gut doch nach wie vor das Sündenbockprinzip funktioniert.

Doch gibt es im Leben kaum einen Vorgang, der ausschließlich ärgerlich wäre. So auch dieser: Immerhin drang mit den Reaktionen auf die Vorschläge von Koch und

Scharping auch endlich in die Öffentlichkeit, dass lediglich ein Drittel der Haushalte in der Sozialhilfe tatsächlich aus dieser herausgeführt werden können. Endlich wurde einmal deutlich, dass sich Amutsbekämpfung nicht lediglich auf Arbeitsmarktpolitik reduzieren lässt, wie es die Bundesregierung immer wieder weis machen will. Endlich drang auch an die Öffentlichkeit, dass die Kommunen heute bereits rund 400.000 Sozialhilfebezieher in Arbeit von unterschiedlicher Art vermittelt haben. Und endlich wurde auch diskutiert, dass dieses noch nicht reicht, dass Bund, Länder und Gemeinden sich weiter anstrengen müssen, um Arbeitsplätze zu schaffen, um Kinderbetreuungseinrichtungen zu schaffen, die es Alleinerziehenden ermöglichen, einer Arbeit nachzugehen, um sozialpädagogische Projekte zu finanzieren, die im Einzelfall Menschen wieder an den Arbeitsmarkt heranzuführen. Auch dies gelang an die Öffentlichkeit und vielleicht wird es einige Spuren im politischen Geschäft hinterlassen.

Frankfurt, 28.8.2001

Dr. Ulrich Schneider  
Hauptgeschäftsführer des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverband